



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Rheinland-Pfalz in der Maut-Frage Vorbild“

Berlin/Viernheim, 22. April 2005 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat das Vorgehen der rheinland-pfälzischen Landesregierung gegen die zunehmende Belastung von Bundestrassen durch Maut-Flüchtlinge begrüßt. Das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium wird wegen der Zunahme des Schwerlastverkehrs auf der B 9 eine Sperrung für den Transitverkehr vornehmen. Dies ist erforderlich, weil Zunahme zu unerträglichen Belastung für die Bürgerinnen und Bürger geführt hat. „Ich freue mich, dass die Möglichkeit verkehrs-entlastende Sofortmaßnahmen auf der Grundlage von § 45 Straßenverkehrsordnung zu ergreifen, in Rheinland-Pfalz wahrgenommen werden. Hessen sollte sich daran ein Beispiel nehmen“, forderte Lambrecht. „In einigen Bereichen des Kreises Bergstraße ist die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger so groß, dass schnellstmöglich gehandelt werden muss.“

Der Verweis auf das Bundesverkehrsministerium führe nicht zu zügigen und befriedigenden Ergebnissen. Lambrecht erwartet in Übereinstimmung mit der Straßenbauverwaltung und der Polizei brauchbare Ergebnisse von Verkehrszählungen erst im Herbst 2005. Die Entwicklung müsse über eine längere Zeit beobachtet werden, um Schnellschüsse zu vermeiden. „Es fehlen die verlässlichen Daten“, so Lambrecht. „Deshalb macht es auch keinen Sinn, den schwarzen Peter nach Berlin zu schieben“.

Wenn die Verkehrsstudien zum Ergebnis haben, dass es auf bestimmten Strecken zu einer erheblichen Verlagerung von Güterverkehren gekommen ist, kann auch auf den betroffenen Bundestrassen eine Mautpflicht für LKWs eingeführt werden.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

„Das ist § 1 Absatz 4 des Autobahnmautgesetzes (ABMG) vorgesehen“, so Lambrecht.

„Unabhängig davon haben die zuständigen Straßenverkehrsbehörden bereits jetzt im Einzelfall die Möglichkeit, Verkehrsbeschränkungen durch straßenverkehrsrechtliche Anordnungen auf der Grundlage von § 45 Straßenverkehrs-Ordnung zu prüfen und gegebenenfalls auch zu treffen“, machte Lambrecht deutlich. „Genau das ist in Rheinland-Pfalz geschehen. Hier wird in enger Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, der regionalen Wirtschaft, der Verkehrsverbände und der Polizei schnellstmöglich gehandelt. Das ist auch für die belasteten Kommunen im Kreis Bergstraße nachahmenswert“.

Lambrecht äußerte großes Verständnis für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger: „Die Situation ist teilweise wirklich schwer erträglich“. Sie hat die zuständigen Bürgermeister bereits auf die Möglichkeit hingewiesen entsprechende Anträge zur Sperrung bestimmter Abschnitte auf den Bundesstraßen für den Schwerlastverkehr beim Landrat zu stellen.